

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)
Mit der 14tägig erscheinenden Beilage „Der Rote Stern“ und den Beilagen „Die Kibitz“, „Die Kommunistin“, „Der Jungprolet“, „Die Rote Sigel“.
Enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Gemeinden Dittersbach, Nieder-Permsdorf, Seltendorf, Neu-Salzbrunn, Weisklein.

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Sat-
pennig. Stellen- und Wohnungsgeluche, Familien-
nachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 5 Halbpennig. — Reflektoren
preis: Die Millimeterzeile 3 Halbpennig oder deren Raum im Text 60 Halbpennig

Freitag, 22. August 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 5maligen Erscheinen monatlich 2,50 M.
wöchentlich 50 Pfg. Einjährig durch Straßenhändler a. Platte 10 M.
Redaktion und Expedition: Breslau, Trebinger Straße 50. — Postfachkonto
Breslau Nr. 31069 — Fernsprecher: Breslau Nr. 8837

Das proletarische Sachverständigen Gutachten. Gegen die Kolonisierung Deutschlands!

Die Kommunisten beim Reichskanzler.

Die Sozialisierung als Kampfaufgabe des Tages. Das proletarische Sachverständigen-Gutachten.

Die Front gegen das Proletariat ist geschlossen. Die imperialistischen Räuber in London haben ihre brüchige Einigkeit dadurch zusammengeleimt, daß sie den deutschen Werktätigen die Zinsen der Weltkriegsschulden mit 2 1/2 tausend Millionen jährlich aufgepackt haben. Die Groß- und Kleinbürger in Deutschland, die Schwerekapitalisten und Junker und ihre gehorsamen sozialdemokratischen Lakaien sind darin einig, daß sie als Kronvögler der Bankherren in New York und der Industriekapitäne vom Pariser Stüttenkomitee die deutschen Arbeiter in die Zwangsarbeit für den Weltimperialismus einspannen.

Die Regierungsparteien und die Sozialdemokraten stehen geschlossen hinter dem Sklavenpakt von London. Die Deutschen nationalisieren sich noch ein wenig, damit sie den Kaufpreis für ihre Stimmen, die Wucherzölle auf Brot, um so sicherer bekommen.

Nur die völkischen Narren um Ludendorff brüllen nach dem Revanchekrieg, aber ihre Waffen sind gerichtet gegen das deutsche Proletariat. Und ihr Revanchegedächtnis dient nur dazu, die Unterdrückung der arbeitenden Massen Deutschlands durch die Generalstiefel der Imperialisten noch unerträglich zu machen.

Mein die Kommunisten nehmen den Kampf gegen London auf. Sie schwimmen gegen den Strom. Sie setzen an der Spitze des Proletariats der deutschen Arbeiterklasse den Weg des Kampfes, den sie gehen muß, wenn sie sich von der Sklavenfront befreien will.

Sozialisierung der Produktionsmittel und des Großgrundbesitzes, Nationalisierung der Banken — das sind Mittel und Ziel zugleich für die deutschen Arbeiter im Abwehrkampf gegen die Kolonisierung Deutschlands, gegen ihre Verwanderung in Kolonialsklaven für den Weltkapitalismus. Sozialisierung und Nationalisierung fordern die Kommunisten im Reichstag in einem bis ins einzelne ausgearbeiteten Gesetzentwurf, den sie als das Gutachten der Arbeiterklasse für den Wiederaufbau der Wirtschaft dem Gutachten von Paris und London für die Unterdrückung der großen Mehrheit des deutschen Volkes entgegenstellen.

Der Dawesplan und die Londoner Beschlüsse geben die nationale Einheit preis, indem sie die Ruhrbesetzung auf ein Jahr feierlich sanktionieren. Sie verschahren die Reichsbahnen an Morgan und Co. Sie opfern die Finanz- und Währungshoheit den Kontrolleuren des internationalen Bankkapitals. Sie unterstellen durch die Industriebankrottation die deutsche Wirtschaft der Aufsicht der internationalen Konzerne. Sie waden Deutschlands ewige Sachleistungstrübsale auf, die aus den deutschen Arbeitern herausgeschunden werden.

Demgegenüber sichern die Sozialisierung den arbeitenden Massen Deutschlands mit der wirtschaftlichen auch die nationale Freiheit. Indem sie die Produktionsmittel der Industrie und den Großgrundbesitz ihrer Kontrolle unterstellen, indem sie die Banken nationalisieren, werden sie die Herren der Wirtschaft, die nun nicht mehr im Interesse ihrer Ausbeuter, im Interesse der Bankmagnaten von New York, der Industrieherrn von Paris gegen die Interessen der arbeitenden Masse Deutschlands arbeiten, sondern in der sie für sich selbst arbeiten, für die Interessen der breiten Massen Deutschlands. Die Sozialisierung und Nationalisierung aber fördert die Herrschaft der Arbeitermassen im Staat, Staatsherrschaft des Proletariats heißt — das zeigt das Beispiel Rußlands — nationale Freiheit und Unabhängigkeit vom Räuberimperialismus wie von den kapitalistischen Räubern im eigenen Lande.

Die Kommunisten, wenn sie den Gesetzentwurf über die Nationalisierung dem Dawesplan im Reichstag entgegenstellen, werden dadurch nicht die Opfer sondern die Sieger parlamentarischer Aktionen. Sie wissen, daß dieser Reichstag, daß kein bürgerliches Parlament die Aufhebung der bürgerlichen Staats- und Wirtschaftsordnung durch ein Gesetz beschließen wird. Das kann nur das Ergebnis des hiesigen, unerlöschlichen Kampfes des Proletariats gegen seine Ausbeuter sein. Dennoch ist die Einberufung des Reichstages keine wertlose Arbeit, sie verlangt die bürgerlichen Parteien, sie verlangt ihre sozialdemokratischen Knechtchen, sie verlangt die Stellung zu nehmen für oder wider das Proletariat für die kapitalistische Erbschaft, die durch die Verwilderung Deutschlands in eine Produktions- und die Verwilderung der deutschen Volksmassen oder für die Verwilderung der Welt durch Sozialimperialismus und Kapitalisierung des Proletariats als der herrschenden Klasse.

Berlin, 20. August.
Für Dienstag abend hatte der Reichskanzler Marx den Vorstand der kommunistischen Reichstagsfraktion zu sich gebeten, um sie über die Londoner Konferenz zu informieren. Genosse Raab, Ruth Fischer und Söder gaben zu Beginn der Besprechung die Erklärung ab, daß die kommunistische Partei das Dawes-Gutachten und die Londoner Beschlüsse nach wie vor aufs Schärfste bekämpfe.

Nach einigen nichtsfagenden Darlegungen des Marx' stellten die Genossen die doppelte Anfrage, ob die Reichsregierung nach der Annahme der Separatisten auch zur Freilassung der gefangenen revolutionären Arbeiter bereit sei, und ferner, ob die Regierung die Pressefreiheit zu garantieren gedente, damit den Kommunisten die freie Besprechung des Londoner Pakts möglich sei. Nach einigen ausweichenden Antworten des Marx' brach der Fraktionsvorstand demonstrativ unter Protest die Besprechung ab.

Die kommunistische Partei hat in diesen Tagen, wo die Regierung unter Anwendung schärfster Drudes die Dawes-Gesetze durchzusetzen will, die Aufgabe, diesen parlamentarischen Schwindel zu brandmarken und die Arbeiterschaft zum Kampf gegen den Doppelpakt der Reichsregierung und der bürgerlichen Parteien zu mobilisieren. Die Reichsregierung läßt erklären, daß die ganze Konferenz umsonst gewesen sei, wenn der Reichstag nicht bis zum 30. August die Dawes-Gesetze angenommen habe und am 30. August selbst die Konferenzbeschlüsse endgültig unterzeichnet würden. Daran anschließend wird in der Presse der Mitteparteien unter Benutzung von Lügen und Heucheleien eine Kampagne aufgezogen, die die Öffentlichkeit über die Wirkung des Gutachtens hinwegtäuschen soll. Auch die Blätter der Schwerindustrie, die in geradezu raffiniert Weise bisher in „nationaler Politik“, d. h. in Scheintritt gegen den Dawes-Plan machten, schwanken jetzt unter Betonung der „wirtschaftlichen Notwendigkeit“ in die Einheitsfront ein, und die sauberen deutschen Spießbürger glauben natürlich, daß diese Blätter und ihre Auftraggeber durchaus „nationale Männer“ seien.

Die kommenden Reichstagsverhandlungen werden die Kommunisten auf dem Posten finden. Der Abbruch der Besprechungen mit dem Reichskanzler über die außenpolitische Lage, den die kommunistischen Abgeordneten unter schärfstem Protest gegen die Regierungspolitik vollzogen haben, ist ein Alarmzeichen. Nicht der Reichstag, sondern die Massen des arbeitenden Volkes, drauzen in Fabrik und Kontor, haben zu entscheiden, ob sie sich die Londoner Sklavenketten auflegen

Darum ist die Sozialisierung und Nationalisierung, die mit diesem Gesetzentwurf die kommunistische Partei zu ihrer Lösung macht, kein Wechsel auf die Zukunft, kein Lippenbekenntnis zum einem Programmpunkt, dem Genüge getan ist, wenn die parlamentarischen Instanzen gegen ihn gesprochen haben. Sondern sie sind Kampfaufgaben der Gegenwart, des Tages.

Die Verfassung der deutschen Arbeiter, die Vernichtung ihrer nationalen Selbständigkeit, die Preisabgabe der deutschen Produktionsmittel an das internationale Bank- und Schwerkapital können nur abgewehrt werden, wenn jetzt und heute die Sozialisierung und Nationalisierung der Mittelpunkt des proletarischen Kampfes wird. Der Gesetzentwurf der Kommunisten im Reichstag ist einstweilen nur eine parlamentarische Angelegenheit. Der Vorstoß der kommunistischen Reichstagsfraktion im Parlament muß getragen und gestützt werden durch die Massenbewegung der Arbeiterschaft drauzen. In jedem Betrieb, in jeder Werkstatt, auf jedem Rittergut — überall, wo Kapital und Arbeit sich gegenüberstehen, muß der Kampf um die Sozialisierung und Nationalisierung, um die Staatsmacht geführt werden — durch die Kontrolle der Produktion.

Sozialisierung und Nationalisierung sind der Kampfpreis eines zähen Ringens der Arbeiter, in dem sie täglich and ständig stehen. 328 000 unterstützte Arbeitslose wurden am 1. August im unbesetzten Deutschland gezählt. Ihre Zahl ist seit dem 15. Juli um 18,5% gestiegen. Noch größer fällt die Zahl der auf der Straße liegenden Arbeiter im Ruhrgebiet. Mit ihnen Arbeiter mit ihren Frauen und Kindern müssen heute in Deutschland harrn, weil das kapitalistische Unternehmertum unter dem Vorwand der Kräfte der Produktion sabotiert. Die Ermordung der Arbeiter im Kampf gegen die Unternehmern, der geschäzt wird durch die Betriebsräte und durch die Arbeitssowjets, ist Arbeiterkontrolle der Produktion, ist Kampf um die Sozialisierung, die Beherrschung der Produktionsmittel. Betrieb um Betrieb schließt die Produktion kodt, weil ohne Profit kein Eisenwerk raucht. Der Kampf um die Wiedereinnahme der Betriebe, die Verhinderung der von den Kapitalisten sabotierten Produktion durch die Betriebsräte ist

folle. Diese Entscheidung ist längst gefallen. Ein lächerlicher „Volkenscheid“, wie ihn die Sozialdemokraten aus Agitationsgründen gefordert haben, ist ein bürgerlicher Schwindel.

Die bayerischen Arbeiter gegen das Verbot der Kommunistischen Partei.

Die brutale Mißachtung, die die bayerische „Ordnungsregierung“ den Beschlüssen des Reichstages in der Frage der Aufhebung des Parteiverbots zeigt, hat selbst die sonst so lammfromme bayerische Arbeiterschaft mit Empörung erfüllt. Eifrig wird in den Betrieben dieser neue Streich der bayerischen Rechtsbrecher diskutiert. In einer Reihe von Betrieben haben Belegschaftsversammlungen und Vollfunktionärversammlungen der Betriebsräte ihren Unwillen kundgetan. Sie verlangen von der bayerischen Regierung, daß sie ihren Widerstand gegen den Beschluß des Reichstages sofort aufgibt. Zur Zeit liegen uns solche Beschlüsse vor aus der Maschinenfabrik Nürnberg-Augsburg, den Bingwerken, Pilsener, Leifersitz und der Volkswahlversammlung der Betriebsräte der Metallindustrie Nürnbergs.

Die Arbeitslosigkeit in Polen.

Anfang August gab es in Lodz 44 000 Arbeitslose, 33 000 Kurzarbeiter, die nur einen Tag, und 20 000 Kurzarbeiter, die zwei oder drei Tage in der Woche arbeiten. In Warschau beträgt die Zahl der Arbeitslosen 8000. Einige Gruben im Wojewodschaft wurden von den Unternehmern, die keine Löhne mehr zahlen konnten, sich selbst überlassen und sind erloschen. Kapitalistische Sebung der Produktion!

Große Steigerung der Erwerbslosenzahl.

Die offiziellen Meldungen über die Zahl der unterstützten Erwerbslosen weist eine große Steigerung für die zweite Juli-hälfte auf. Dabei ist zu berücksichtigen, daß große Teile von erwerbslosen Arbeitern nicht unterstützt werden, also nicht in diese Zahl einbezogen werden. Neuzugriff fraglich bleibt, wie weit selbst der Ausweis der unterstützten Erwerbslosen der Wirklichkeit entspricht.

Nach diesem Ausweis ist in der Zeit vom 15. Juli bis zum 1. August die Zahl der unterstützten Erwerbslosen um 18,5 Prozent gestiegen auf 328 000. In Wirklichkeit dürfte die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland eine Million überstiegen haben.

Arbeiterkontrolle der Produktion, ist Kampf um die Sozialisierung, die Beherrschung der Produktionsmittel.

Die bürgerliche Presse berichtet, daß infolge der Ausfuhrabris für Getreide, die der Junkerminister Ranik seinen Rumpanen erteilt hat, deutscher Weizen ins Ausland wandert, die Getreidemärkte in Deutschland veröden und die deutschen Getreidepreise den Weltmarktpreis erreicht haben. Die Beschlagnahme der zur Ausfuhr bestimmten Getreidemassen des Kornes, das in den Junkerhäusern und Handlarskellern gehamftet ist, durch die Betriebsräte und Gutsräte, durch die Vertretungen der Eisenbahn- und Transportarbeiter, die Kontrolle der Grenzen durch ein streng durchgeführtes Außenhandelsmonopol, ausgeübt durch die Staatsorgane der werktätigen Massen, ist Kampf um die Sozialisierung, die Beherrschung der Produktionsmittel.

Es gilt, für das Ziel der Sozialisierung wie für ihre Durchführung, das was in der Begründung des Gesetzentwurfes der kommunistischen Reichstagsfraktion, den wir auf der zweiten Seite veröffentlichen, am Schluß gesagt ist:

„Die Antragsteller sind sich bewußt, daß keine kapitalistische Regierung die Sozialisierung durchzuführen wird. Die Sozialisierung erfordert eine grundlegende Umgestaltung der politischen Staatsorganisation in der Richtung, daß den politischen Organen der werktätigen Bevölkerung (Arbeiter) die Leitung, Durchführung und Kontrolle der wirtschaftlichen, Gesetzgebung und Verwaltung zufällt. Eine solche Herrschaft der Werktätigen Deutschlands setzt aber voraus, daß die arbeitenden Volksschichten — Arbeiter, Angestellte, Beamte und Kleinbauern — im Interesse ihrer Selbsterhaltung, im Interesse der nationalen Existenz Deutschlands und im Interesse des wirtschaftlichen Aufbaues sich politisch, wirtschaftlich und militärisch rüsten, um die imperialistische Staatsorganisation zu zertrümmern und die sozialistische Staatsorganisation zu errichten. In dem die arbeitenden Volksschichten sich die sozialistische Republik erringen, retten sie ihr eigenes Leben, die Existenz der deutschen Wirtschaft, die Existenz des deutschen Volkes.“

Die kommunistischen Anträge im Reichstag.

Die Arbeiter-Räte werden sie verwirklichen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hat dem Reichstag folgenden Antrag unterbreitet:

Antrag

Thaelmann, Noenen und Genossen.

Der Reichstag wolle beschließen: folgendem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes.

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird.

Artikel 1

Zweck des Gesetzes.

§ 1.

Zweck des Sozialisierungsgesetzes ist es, die Kolonisierung Deutschlands und die im Sachverständigenrat geforderte Auslieferung seiner Wirtschaft (Eisenbahn, Banken, Industriewerke) an das internationale Großkapital zu verhindern;

alle privaten Spekulationen, Waren- und Kapitalverschiebungen und die Auslieferung deutscher Unternehmungen an ausländische Kapitalisten zu verhindern;

die sozialistische Bedarfswirtschaft unter Neuordnung der Produktion, des Außenhandels und der Güterverteilung durch die proletarische Rätearbeit durchzuführen;

die volle Auswertung der Produktivkräfte Deutschlands zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung zu sichern, insbesondere der katastrophalen Verelendung, der sozialen Not und dem Massensterben der werktätigen Bevölkerung, der Sozialrentner, Kriegsbeschädigten und Erwerbslosen schnelligst Einhalt zu tun.

Artikel 2

Die Enteignung der Produktionsmittel.

§ 2.

Um alle bisher der privatkapitalistischen Ausbeutung unterliegenden Produktionsmittel durch die Sozialisierung zum Nutzen der arbeitenden Bevölkerung auszuwerten, werden enteignet:

a) alle Bergwerks- und Industriebetriebe, die mehr als 20 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, oder deren Gesamtwert mehr als 50 000 Goldmark beträgt;

b) alle Verkehrsunternehmen (Eisenbahn, Straßenbahn, Auto-, Luft- und Schiffsbetriebe) sowie alle Kraftwerke und Betriebe zur Versorgung mit Gas, Wasser und Elektrizität;

c) der gesamte Großhandel und die Versicherungsunternehmen;

d) solche Kleinhandelsbetriebe, die mehr als 20 Arbeiter und Angestellte beschäftigen oder einen Jahresumsatz von mehr als 300 000 Goldmark haben.

Die Enteignung des Grund und Bodens, des Hausbesitzes, der Banken und Kreditinstitute wird geregelt nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Artikel 3

Die Arbeiterkontrolle in den sozialisierten Betrieben.

§ 3.

Die Grundlage der Verwaltung der sozialisierten Wirtschaft bilden die Betriebsräte und die von ihnen zu schaffenden Industriegruppen- und Wirtschaftsräte.

Deutschland wird nach Wirtschaftsebenen neu gegliedert. In jedem Wirtschaftsebene bilden die Betriebsräte für jeden Industrie- und Industriegruppenrat, die aus ihren Vertretern der Bezirkswirtschaftsräte schaffen.

Die Vertreter der Industriegruppenräte aus den einzelnen Betrieben bilden den Reichsgruppenrat ihres Industriezweiges. Die Reichsgruppenräte entsenden Vertreter in den obersten Wirtschaftsrat.

§ 4.

Alle geeigneten Betriebe werden zunächst der uneingeschränkten Kontrolle des Betriebsrates unterstellt, der nach dem Ermessen des Industriegruppenrates und des Wirtschaftsrates zu arbeiten hat. Die bisherigen Besitzer oder Direktoren werden abgesetzt, während der Arbeitszeit in den Betrieben zu sein, um dem Betriebsrat für die Geschäftsführung zur Verfügung zu stehen. Eigenes Anordnungsrecht haben sie nicht.

§ 5.

Die Betriebsleitung geht auf Produktionskommissare über, die durch den Bezirkswirtschaftsrat der zentralen Wirtschaftsverwaltung verantwortlich sind und deren Befugnisse unterliegen. In den Großbetrieben mit ein Kollegium, zu dem mindestens ein Angestellter gehören soll, mit der Produktionsleitung betraut werden. Die Ersetzung erfolgt zunächst durch die lokalen Betriebsratzentralen, später durch die Bezirkswirtschaftsräte. Vorklagsrecht haben die Industriegruppenräte und die betreffenden Gewerkschaften.

§ 6.

Um auch gegenüber den Produktionskommissaren den Einfluss der Arbeiter und Angestellten der einzelnen Betriebe auf die Betriebsleitung zu sichern, wird dem Betriebsrat das Recht gegeben, jederzeit in alle Bücher, Aufzeichnungen und Korrespondenzen Einsicht zu nehmen. Die Betriebsräte sind dem Organ der Bezirkswirtschaftsräte zur Berichterstattung verpflichtet. Sie haben das Recht, auch unmittelbar an den obersten Wirtschaftsrat zu berichten oder Beschwerden zu richten.

Artikel 4

Schaffung von Produktionsverbänden zur zentralen Leitung der Industrie.

§ 7.

Die geeigneten Betriebe werden unter Ausnutzung der Einrichtungen der bestehenden Kongerne, Kartelle, Syndikate und Kommen unter der Leitung der Industriegruppenräte bezirklich und über das ganze Reich zu Produktionsverbänden zusammengestellt.

§ 8.

Die Produktionsverbände regeln die Material- und Rohstoffversorgung sowie den Gang der Produktion und deren Verteilung auf die einzelnen Betriebe innerhalb ihres Industriezweiges. Sie haben den Absatz der Erzeugnisse ihres Industriezweiges nach kommerzieller Preisgestaltung zum gesellschaftlichen Selbstkostenpreis zu organisieren.

§ 9.

Die Bezirkswirtschaftsräte, die bezirksweise durch Vertreter der verschiedenen Industriegruppenräte gebildet werden, haben zusammen mit dem obersten Wirtschaftsrat zu bestimmenden Bezirkswirtschaftskommissar das Wirtschaftsleben in Bezirk zu überwachen und nach den Anweisungen des obersten Wirtschaftsrates zu regeln.

§ 10.

Der oberste Wirtschaftsrat wird aus den Vertretern der Reichsindustriegruppenräte unter Hinzuziehung von Vertretern der Konsumentenorganisationen gebildet. Er stellt den Plan der sozialistischen Bedarfswirtschaft auf und übt die Kontrolle über dessen Durchführung aus. Der oberste Wirtschaftsrat erläßt auf Grund des Wirtschaftsplanes die Anweisung, nach dem einzelnen Reichsindustriegruppenräte ihre Produktionsverbände zu leiten haben.

Artikel 5

Die Sozialisierung der Landwirtschaft.

§ 11.

Der gesamte Grund und Boden, die Bodenschätze, Maschinen, Seen und Wälder werden als Eigentum der Nation erklärt. Ausnutzung und Vergütung werden geregelt nach dem Grundsatz, daß den Boden auszuwerten und zu verwalten soll, wer ihn bearbeitet.

§ 12.

Aller Großgrundbesitz von mehr als 50 Hektar, der als Großbetrieb bewirtschaftet wird, wird mit lebendem und totem Inventar, den dazu gehörigen gewerblichen Betrieben und dem Betriebsmaterial in sozialistische Verwaltung überführt. Gutsherrliche Rechte (Jagd, Filderei, Patronats, Steuerbefreiung usw.) sowie alle Privilegien werden aufgehoben.

§ 13.

Die auf den großen Gütern beschäftigten Landarbeiter, Tagelöhner, Gutsknechte, Handwerker und Angestellten werden unter Leitung des Betriebsrates (Gutsrates) als Produktionsgenossenschaft konstituiert, die unter staatlicher Verwaltung die Güter weiter bearbeitet.

Zur Leitung dieser Produktionsgenossenschaften werden von den Bezirkswirtschaftsräten Produktionskommissare ernannt, deren wichtigste Aufgabe die Sorge um die Ernährung der städtischen Bevölkerung und der proletarischen Wehrmacht ist.

§ 14.

Großer ländlicher Grundbesitz, der nicht im Großbetrieb bewirtschaftet wird, sondern in kleine Pächten aufgeteilt ist, wird nach der Enteignung des Großgrundbesitzes den bisherigen Pächtern zur weiteren Bearbeitung überlassen.

§ 15.

Landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Felder zwischen kleinbäuerlichen Betrieben verstreut liegen, werden, falls sie von keiner anerkennenden Bedeutung für die Ernährung der städtischen Bevölkerung sind, von den Bezirkswirtschaftsräten unter der anliegenden Klein- und Zwergbauern aufgeteilt. Es ist sich selbst erhalten und zur Befruchtung der Felder mit Ernteverbänden beitragen können. Diese Landverteilung muß im Einvernehmen mit den Kleinkauern und Gutsräten durchgeführt werden.

§ 16.

Die Wälder und die Jagd, alles Staatsland sowie die Wasserläufe, Seen und Fische werden zentral bewirtschaftet durch die genossenschaftlich zusammenzuführende Landbevölkerung.

§ 17.

Der Staat fördert die Berggenossenschaftliche Kleinbetriebe durch billige Kreditgewährung, den Ausbau eines eigenartigen elektrischen Kraftnetzes, durch verbilligte Lieferung von Düngemitteln und genossenschaftlich zu benutzende Maschinen und Geräte, durch Ausweitung des landwirtschaftlichen Fachunterrichts und kostenlose Instandhaltung von technischen Geräten.

§ 17a

Die Hypotheken auf dem kleinen Grundbesitz werden verstaatlicht, sie sind rückzahlbar und können dem Staat gelöst werden.

§ 18.

Die staatlich gehaltenen Güter sowie die genossenschaftlich zusammenzuführenden Kleinbetriebe liefern ihre Produkte unter Ausschaltung des Zwischenhandels an die städtischen Genossenschaften oder Gemeinden zur Verteilung an die Verbraucher.

Artikel 6

Nationalisierung der Banken.

§ 19.

Alle Banken und die Kreditunternehmen, die gewinnbringenden Zwecken dienen, werden nationalisiert. Sie werden in Staatsorgane, die der sozialisierten Wirtschaft zu dienen haben, umgewandelt, und unter der Leitung einer zentralen Staatsbank zusammengefaßt.

§ 20.

Der oberste Wirtschaftsrat legt an die der enteigneten Bank- und Kreditunternehmen Finanzkommissare, die, unterstützt vom Betriebsrat, die Sicherung des Bestandes der Banken und die Weiterführung des Betriebes zu übernehmen haben. Bisherige Direktoren und Prokuristen werden verpflichtet, sich dem staatlichen Finanzkommissar zur Verfügung zu stellen.

§ 21.

Die nationalisierten Banken haben sämtliche Bankoperationen für die sozialisierten Betriebe fortzuführen und für deren Produktionsverbände unverzüglich zu übernehmen. Nicht enteignete Betriebe und Kleinbauern können ihre finanziellen Operationen für Lohnzahlungen, Material- und Rohstoffbeschaffung bei den nationalisierten Banken oder Kreditunternehmen fortführen.

Von privaten Guthaben dürfen nur zu Konsumzwecken wöchentlich beschränkte Beträge abgehoben werden.

§ 22.

Alle Bestände an ausländischen Zahlungsmitteln und auch solche lautende Wertpapiere, ebenso alle Auslandsguthaben der in Deutschland anässigen Personen und Unternehmungen gleichgültig, ob sie auf deutsche oder fremde Währung lauten, sind, soweit sie einen zu bestimmenden Minimalbetrag übersteigen, mit Inkrafttreten dieses Gesetzes beschlagnahmt und unverzüglich an die nationalisierten Banken abzugeben.

Jede Eigentumsveränderung an den beschlagnahmten Zahlungsmitteln und Guthaben ist nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ungültig und hat den entschädigungslosen Verfall zur Folge.

Artikel 7

Außenhandelsmonopol.

§ 23.

Die Ausfuhr und Einfuhr jeglicher Art von Waren ist Sache der Produktionsverbände und der Genossenschaften.

Sie bedürfen dabei in jedem Falle der Zustimmung der vom obersten Wirtschaftsrat zu ernennenden Außenhandelsstelle, die zu unterrichten hat, ob ein volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung des betreffenden Außenhandelsgeschäftes besteht.

Die Produktionsverbände haben die Verpflichtung, zur Behebung des Außenhandels mit größter Beschleunigung das Kompenzationsverfahren für die dringenden Rohstoffe und Bedarfsartikel zu organisieren.

Artikel 8

Ausbau der Genossenschaften.

§ 24.

Die Produktions- und Verteilungsgenossenschaften der Banken und des städtischen Mittelstandes bleiben ebenso wie die Konsumgenossenschaften der Arbeiter und Beamten bestehen. Die Bezirkswirtschaftsräte und die Wirtschaftskommissare haben die Aufgabe, diese Genossenschaften energisch zu unterstützen und sie in ihrer Funktion als Produktions- und Verteilungsorgan zu fördern und weiter zu entwickeln.

Artikel 9

Sozialisierung des Wohnungswezens.

§ 25.

Der gesamte Hausbesitz, ausgenommen häusliche Wohn- und Wirtschaftsgelände, Einfamilien- und Genossenschaftsbauten wird enteignet.

§ 26.

Alle enteigneten Wohnhäuser werden der Verwaltung der Mieteräte und ihrer Organisationen unterstellt. Sie haben unverzüglich die planmäßige Instandhaltung, Instandsetzung und Instandhaltung der durchgeführten Großwohnungen der Bourgeoisie durchzuführen.

§ 27.

Die Mieteräte und ihre Organisationen haben die Aufgabe, zusammen mit den Industriegruppenräten des Bauwesens den Wohnungsbau für die Arbeiterklasse, insbesondere für die Wohnungslosen, unverzüglich planmäßig in Angriff zu nehmen. Geht es um eine großzügige Instandhaltung der vernachlässigten Wohngebäude durchzuführen.

Artikel 10

Allgemeine Bestimmungen.

§ 28.

Wer den Anordnungen der durch dieses Gesetz bestimmten Organe nicht Folge leistet, wer seinen Betrieb im Stillstand setzt oder auf andere Weise dieses Gesetz zu umgehen versucht, wird mit Gefängnis bestraft.

Wer vorsätzlich die Durchführung der Sozialisierung und Nationalisierung zu vereiteln versucht, oder in ihr offenen Widerstand leistet, wird mit Zuchthaus bestraft.

§ 29.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 18. August 1924.

Heute Abend
pünktl. 7³⁰ Uhr

Auf zur Auseinandersetzung zwischen Sowjetstern und Reichsbanner Schwarz-rot-gold!

Zentralballsaal
Westendstr. 50/52

Zur nichts — beschlagnahmt wird doch.

Der Staatsanwalt schneidet Blut — 5 Paragrafen wegen 4 Punkten — Der blamierte Polizeipräsident

Breslau, 21. August.

Am 19. August wurde die Nr. 110 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ von dem Breslauer Polizeipräsidenten beschlagnahmt. Als Grund der Beschlagnahme wurde der Artikel:

7000 politische Gefangene sollen umgelegt werden, Ländknecht macht Schule

bezeichnet, weil dieser ein vier Zeilen umfassendes Zitat aus einer öffentlichen Rede enthält, in welcher der Regierung nicht gerade Schmeicheleien gelagt wurden. Wir protestierten sofort gegen diese unerhörte Beschlagnahme und wiesen darauf hin, daß die Böhmen in Weimar der Regierung ganz andere Dinge an den Kopf warfen, welche die Kunde durch die ganze bürgerliche und sozialdemokratische Presse machten.

Der Herr Staatsanwalt, der den Antrag des Polizeipräsidenten auf Beschlagnahme der „Schl. A.-Ztg.“ zu prüfen hatte, war immerhin nicht ganz von juristischen Kenntnissen so unbekannt, wie der Herr Polizeipräsident, der angeblich auch Jura studiert haben soll. Er erkannte sofort, daß

selbst die blühendsten Juristen über eine Beschlagnahme, auf Grund des genannten Artikels, hell aufgelaßt hätten.

Um aber die sogenannte Autorität des Herrn Kleibömer, die durch dessen Uebereifer schon manchen Anals bekommen, nicht noch mehr zu ramponieren, suchte der Herr Staatsanwalt nach einem anderen Beschlagnahmegrund.

Wie uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilt wird, hat der Staatsanwalt bei dieser Arbeit Blut geschwitzt und eine Nachtruhe geopfert. Schließlich fand er nach langem Suchen an ganz unauffälliger Stelle unseres Blattes einen kleinen leicht übersehbaren Provinzartikel. Auch dieser Artikel war vollkommen einwandfrei. Nur die Ueberschrift bezw. die berücksichtigten Punkte... nach dem Worte Sch... erschienen dem Staatsanwalt bedenklich. Er stützte sich in geistige Ankosten und in sämtliche Gesetzbücher. Schließlich half er dem Herrn Polizeipräsidenten, mit dem er ja dauernd in innigen Beziehungen steht, durch folgenden Mas, der am 21. 8. ausgehändigt wurde, aus der Tinte.

G. 2468/24

Beschluß.

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft in Breslau wird die Nr. 110 der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ vom 19. August 1924 wegen des auf Seite 3 befindlichen Artikels: „Reichsbanner schwarz-rot-sch.“, in welchem ein Verstoß gegen § 8 Ziffer 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik vom 21. Juli 1922 zu erblicken ist, gemäß den §§ 94, 98 Str. Pr. Ordnung, in Verbindung mit den §§ 27, 28 und 20 des Pressegesetzes beschlagnahmt.

Breslau, den 19. August 1924

das Amtsgericht, gez. Dr. Fränkel.

5 §§ wegen 4 Punkte. Der Staatsanwalt ist fleißig gewesen, das muß ihm der Herr lassen. Seine Kunst ist aber umsonst. Denn das „Reichsbanner“, eine private Vereinigung, steht nicht unter dem Schutze der Republik.

Wie aber der Amtsgerichtsrat Dr. Fränkel, ein alter Jurist, sich dem Antrage des Staatsanwaltes anschließen konnte, ist unverständlich. Herr Fränkel ist in den hiesigen bürgerlichen Kreisen als Philatrop geschätzt und soll von sehr würdiger Gesinnung sein. Es heißt daher nur die Lösung übrig, daß der Herr Amtsgerichtsrat seine private Wohltätigkeit und Mildtätigkeit auch auf das politische Gebiet übertreibt und aus Mitleid mit der geradezu rührenden Tölpelhaftigkeit der Herren im Polizeipräsidium, jenen Antrag genehmigt hat.

Wir stellen im übrigen fest: Die Beschlagnahme der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ am 19. August war unglaublich, da der von dem Polizeipräsidenten angegebene Grund nicht zur Beschlagnahme befähigt hat.

Und das der Staatsanwalt bei seiner geradezu Cherlock-Holmesmäßigen Findigkeit noch auf einen Provinzartikel stoßen wird, das konnte Herr Kleibömer doch unmöglich wissen.

Oder soll man annehmen, daß Herr Kleibömer in den Bahnen eines seiner Amtsvorgänger, des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Eugen Ernst wandelt, der sich bekanntlich mit spirituellen Dingen befaßt hat?

Das ganze Vorgehen von Staatsanwalt und Polizei beweist, daß nicht die Sorgen um die demokratische Verfassung der Republik der Anlaß zu der Beschlagnahme war, sondern, daß die Behörden täglich darauf eifern, um formale Gründe zur Unterdrückung der kommunistischen Presse zu suchen.

Diese dauernden Schikanen sind die konsequente Fortsetzung der Politik, die die deutsche Regierung seit dem Potsdamer Abkommen treibt und die in der ungesetzlichen Unterdrückung der kommunistischen Zeitungen gipfelt. Wenn kommunistische Zeitungen sind seit dem Londoner Abkommen unterdrückt worden und der Polizeipräsident Kleibömer glaubte, scheinbar es seiner Stellung schuldig zu sein, durch eine Beschlagnahme und evtl. darauf folgendes Verbot, unserer Zeitung seinen Dienstleister zu beweisen.

Herr Kleibömer hat sich, als er unsere Zeitung beschlagnahmt hat, in recht unwürdiger Weise verhalten. Die Beschlagnahme wegen eines Provinzartikels ist das Stellen wir nochmals fest, nicht auf die Unwissenheit der Beamten, sondern auf das Verhalten der Behörden zurückzuführen, das Entschloß der verantwortlichen Stellen in Schießen unter allen Umständen zu unterdrücken.

Damit dieser geradezu fahrlässige Fall von Verstoß gegen die Pressefreiheit und Entehrung der demokratischen Unterbreitung wird, haben wir das Material unserer Reichs- und Landtagsfunktion überreicht.

Zur heutigen Reichstagseröffnung.

Der Finanzminister spricht:

Meine Damen und Herren, Sie haben erfahren, Daß wir konferenzierend in London waren.

Die Verhandlungen waren dort garnicht leicht. Doch bei den Dinners wurde sehr viel erreicht. Jetzt sollen Sie sehen, wie alles sich wendet! Wir haben die Eisenbahn zwar verpfändet Und Post und Spiritmonopol verlumpt. Aber dafür kriegen wir was gepumpt. Die Dollars bringt man uns (vielleicht!) in zwei Jahren. Bis dahin heißt es für uns: Sparen! Sparen!

Zuerst müssen wir unnütze Ausgaben streichen. Reichsrankenkassenzuschüsse und dergleichen, Auch Invaliden- und Altersrenten Müssen von heute ab endlich enden. Wer alt und krank ist, mag in Frieden verrecken. Wir brauchen das Geld zu produktiveren Zwecken. So sind z. B. der Generale Pensionen Viel zu gering. Man muß die Helden belohnen. Jedem seien tausend Mark monatlich zugemessen, Und mitaufbauen helfen das Vaterland. Undankbarkeit gegen sie sei verbannt.

Doch — was seh' ich hier? Einen — Volksschuletat? Neel. Dazu haben wir keinen Draht. Wollen die Kinder zur Schule denn gehen? Nein! Wir allein können die Kinderseelen verstehen. Den Kindern die Freiheit! Sie werden uns loben. Volksschulen werden ab heut' aufgehoben. Die Kinder dürfen ihr Brot wieder selber verdienen. Sie lernen, was sie späterhin brauchen, an den Maschinen. Die halbe Ersparnis aber sei ab jetzt Für die höheren Schulen zugesetzt. Die Schüler der deutschen Gymnasien Sind bester Schutzwall gegen das rote Asien.

Innmer komme ich zu den miesen Abgaben, die uns alle verdrießen. Wir dürfen das Leben nicht mehr verteuern. Deshalb befreien wir von allen Steuern Die Großindustrie und die Agrarier. Den Profit schluckt der Konsument (=Proletarier). Um zehn vom Hundert mindestens werden Die Preise stürzen. Ein Paradies auf Erden! Damit die Proleten nicht alles versaufen Oder gar ausländischen Luxus kaufen Sei die Lohnsteuer ohne Ausnahme jetzt Auf zweiundfünfzig vom Hundert festgesetzt.

Auf Auslandsgetreide kommt 100 Mark Zoll Für den Zentner. Herr von Kanitz, kein Groll! Zweihundert wären zuviel auf 'nen Ritt; Die Landwirtschaft kriecht doch billigen Kredit. Wir kennen die große Not der Aorarier. Es praßt und schlemmt nur der Proletarier. Von denen gibts der Millionen zwanzig Zuviel zwischen den Alpen und Danzig. Die werden der Kirche überwiesen. Die eine Milliarde bekommt zu diesen Zwecken: Die Pfaffen haben Die Pflicht, sie christlich zu begraben.

So ist der Etat im Gleichgewicht. Und wer nun noch nöroelnd widerspricht, Und hetzt noch die braven Bürger auf, Den hängen als Hochverräter wir auf. Nur mit drakonischen Maßnahmen kann man regieren. Der Deutsche muß zahlen und sonst stumm parieren. Nur stummcs Sichfügen verschafft uns Geld. Hoch Deutschland über alles in der Welt. Erst wenn verhungert die Roten, die Bösen, Kann ein hohenzollernscher Baldur uns erlösen.

Also sprach mit einer Stimm', weich wie Butter Der Reichsfinanzminister Doktor Luther.

Job. K. Harms.

Verzweifelte Lage der österreichischen Arbeiter.

Massenentlassungen in der Steiermark.

Die verhärtet ersiehende Industrieklasse nimmt besonders im steirischen Industriegebiet katastrophale Formen an. Nach dem die Alpine-Montan-A.G., der größte industrielle Konzern Oesterreichs, seinen Betrieb in Neuberg stillgelegt hat, ist nun auch die Einstellung des Werkes in Rumühl bei Rindberg erfolgt. In den Donawitzer Werken wurden 1200 Arbeiter, im Erzbergbau Eisenerz mehr als 1000 Arbeiter entlassen. In ganz Oösterreich ist nur mehr ein Hohenofen in Tätigkeit, gegenüber drei im Frühjahr 1924.

Auch die Stilllegung der Martindöfen wird von der Alpine-Montan-A.G. beabsichtigt. Aus den anderen Betrieben werden ebenfalls täglich neue Entlassungen gemeldet. Im Johansborfer Bergbau wurden Betriebsstätten eingestellt.

Die Alpine-Montan-A.G. war früher bekanntlich Stinnes'scher Besitz. Der selbige Stinnes hat den größten Teil der Aktien dieses Werkes an Camillo Castiglioni, der ihm bei allen seinen oft recht zweifelhaften Geschäften mit Rat und Tat und Schlägen und Kniffen unterstützt hat, abgegeben. Da jedoch die großen Fiat-Werte in Oberitalien sich im Stinnes'schen Besitz befinden und die Alpine-Montan-A.G. im wesentlichen nur dem Fiat-Konzern liefert, befindet sie sich trotzdem unter der Kontrolle und indirekten Herrschaft Stinnes.

Die angebliche Abschaffung, die von der Alpine als Grund für die von ihr vorgenommenen Massenentlassungen angegeben wird, ist glatter Schwindel. In Wirklichkeit will sie damit auf die Regierung und das Parlament einen Druck ausüben, um sie zur Einführung der Schutzölle auf die Kohleerzeugung zu zwingen. Um den Aktionären der Alpine neue Milliardenprofite zu sichern und den geplanten Kohletransport der Regierung zu rechtfertigen, sieht das kapitalistische Ausbeuterpaar nicht darauf zurück, Tausende von proletarischen Existenzen brotlos zu machen und der bittersten Not preiszugeben.

Diese zahlreichen Arbeitslosen sollen zugleich nach deutschem Vorbild ausgeschuert werden, um, wenn Notdurft gemacht ist, zu den der Alpine genehmen Arbeitsbedingungen die Arbeit wieder aufnehmen zu können.

Dieser teuflische Plan findet seine Unterstützung in der christlich-sozialdemokratischen Steuerabspaltung, durch die das Proletariat in ganz Steiermark ungefähr 90 Prozent der Budgets zu tragen hat. Steuer- und Mietzins-erhöhung, Erhöhungen für Licht und Wasser und eine bedeutende Steigerung der Lebensmittelpreise bei dem erbärmlichen Lohn von 300 000 Kronen kennzeichnen die verzweifelte Lage des steiermärkischen Proletariats.

Die Reaktion hat es zudem auf die Provokation eines Wutablasses abgesehen. So erklärte vor wenigen Tagen der durch sein rigoroses Vorgehen berüchtigte Bezirkshauptmann von Leoben, daß alle Vorbereitungen getroffen sind, eventuell ausbrechende Unruhen im Keime zu ersticken.

Wegen der drohenden Gefahren ist die kommunistische Partei Oesterreichs im Begriff, das steiermärkische Proletariat, welches angesichts zahlreicher Kommunistenverhaftungen und Ausweisungen sehr stark mit der KP. sympathisiert, zum Abwehrkampf zu mobilisieren.

Die „Kultur“ des amerikanischen Faschismus.

Einige Mitglieder der amerikanischen Faschistenorganisation Ku-Klux-Klan haben den Redakteur einer französischen Zeitung, weil er an einer ihrer „geheimen“ Versammlungen teilgenommen und Material zur Aufdeckung ihrer verbrecherischen Massenschaften im Besitz hatte, entmannt und mit einem glühenden Eisen an Stirn und Ringen Vorderarm gebrandmarkt.

Bei der Mißhandlung verhöhnte einer der maskierten Verbrecher das wehrlose Opfer mit der Bemerkung: „Das wird Dich erfreuen.“

Letzte Meldungen

(Eigener Drahtbericht.)

Brüssel, 20. August.

Der Generalfreist im südbelgischen Kohlenbergbau

wird mit Entschlossenheit durchgeführt. Die Streikenden werden von der Bevölkerung weitgehend unterstützt. Die Gewerkschaftsführer haben sich unter dem Druck der Massen der Bewegung anschließen müssen, haben den Streik jedoch nur gezwungen anerkannt. Die Streikleitung hat die Bewegung fest in der Hand und ist zu rücksichtslosem Kampf entschlossen.

London, 20. August.

Der Bergarbeiterstreik dauert unermüdet an. Verhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmern verliefen ergebnislos, da ohne weiteres ersichtlich war, daß die Reformisten nicht den geringsten Einfluß auf die Unternehmern hatten.

London, 20. August

Die streikenden Transportarbeiter haben gestern den gesamten Verkehr lahmgelegt. Weder Straßenbahnen noch irgend welche andere Fahrzeuge können die Straßen passieren. Polizei hat dies verhindern nicht geschafft.

Mannheim, 20. August.

In Schwaben bei Mannheim wurde gestern von der Gendarmarie bei einem baulationalen Apotheker ein Waffenlager aufgedeckt, bestehend aus einer großen Anzahl von Pistolen, Revolvern und Handgranaten. Der Apotheker wurde in Freiheit gelassen. Er steht unter dem Verdacht, schon mehrmals kommunistische Genossen wegen angeblichen Waffenbesitzes des Bergbaus gegen das Sprengstoffgesetz denunziert zu haben und gehört zu den besten baulationalen Kommunistenfressern.

Ein zeitgemäßes Dokument.

Wir bringen heute die bild- und wortgetreue Wiedergabe eines Flugblattes, das im Jahre 1843 von dem „Social-Verein“ herausgegeben wurde. Der „Social-Verein“ war eine Organisation des liberalen Bürgertums, dessen Direktorium aus den Liberalen Gold, Karbe, Graf Pfeil, Schönstadt und Fromm bestand. Die in dem Flugblatt enthaltenen Normen sind sehr zeitgemäß. Heute sind es allerdings die Liberalen und die Sozialdemokraten, die diese Sozialnormen unterkufen, weil sie glauben, durch Revolution und Verfolgung der revolutionären Bewegung sich vor der Revolution retten zu können.

Wie man aber 1843 nicht durch solche Mittel die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufhalten konnte, noch viel weniger wird es der jetzigen Reaktion dieses Scheinprogramms gelingen, die Revolution zu verhindern.

Die Gefängnisschmach in Schlesien. Die Komödie der ärztlichen Untersuchungen.

Vor dem Schwurgericht Wauen sind nach vielen Tagen ein Landfriedensbruchprozess gegen 14 Arbeiter aus Wauen zu Ende. Am 11. August 1923 fand anlässlich des Verfallens eines Turnfest der deutschen Turnerschaft statt. Dieses Turnfest war als eine Provokation der Arbeiterschaft gedacht. Schwarzkreuz-Fahnen wurden mitgeführt und eine Gruppe Nationalsozialisten war zum Schutz des Umzuges erschienen. Es kam zu einem Zusammenstoß mit der Arbeiterschaft. Die Nationalsozialisten gingen mit Schlagwerkzeugen gegen die Arbeiter vor. Die Polizei schlug ebenfalls mit Gummistock auf die Arbeiter ein.

Zu dem Prozess waren 30 Zeugen geladen. Die Belastungszeugen verweigerten sich in viele Widersprüche. Trotzdem durch die Zeugnisaussagen einwandfrei bewiesen wurde, daß die Nationalsozialisten die Schuldigen an den Zwischenfällen waren, wurde nach 4tägiger Verhandlung wieder einmal „Im Namen des Volkes“ folgendes drakonisches Urteil gefällt:

Sieben Angeklagte wurden freigesprochen und die Angeklagten Müller für 8 Monate Gefängnis, die gleiche Strafe erhielten Pfister und Wiedemann, Grimm, Köhle und Pfeiffer erhielten je 7 Monate Gefängnis und Jügel 6 Monate Gefängnis.

Man sieht, die Justiz arbeitet den Faschisten bewußt in die Hände.

Ein Riesenprozess gegen die Schwarzenberger Kommunisten. Genosse Leißner 10 Wochen gefesselt.

Im Schwurgerichtssaal des Zidauer Landgerichtes begann ein Riesenprozess gegen die Schwarzenberger Kommunisten. Grundtätig Genossen standen unter der Anklage des Landfriedensbruchs. Jungfräulein und Greise, Frauen und Mädchen, Familienväter von 7 Kindern sitzen auf der Anklagebank. Ein großer Teil der Angeklagten befindet sich seit 7 und 9 Monaten in Untersuchungshaft.

Die Angeklagten sind beschuldigt, an einer Versammlung unter freiem Himmel teilgenommen zu haben. Die Anklage stützt sich auf die Vorfälle der rechtswidrigen Besetzung der sächsischen Regierung durch die Reichswehr. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst und es kam hierbei zu Schlägereien.

Der Prozess enthält wieder einmal das traurige Kapitel der Justizbarbareien. Die Angeklagten Arbeiter berieten alle über erhaltene Mitteilungen während ihrer Untersuchungshaft. Der Angeklagte Leißner berichtet, daß er

10 Wochen ohne jeden Grund von dem Gefängniswärter gefesselt worden ist, abends keine Kleider aus der Zelle geben durfte und fortwährend schikaniert wurde. Von den Gefängnisbeamten wurde

ein Arbeiter über 2 Monate lang in Ketten gelegt. Schicksalhaft sind diese Enthaltungen dem Gericht sehr uneben. Der Staatsanwalt will von der ganzen Geschichte nichts wissen und der Vorsitzende entschuldigend sich damit, daß die Entlassung des Genossen Leißner bereits nach 14 Tagen angeordnet worden sei. Das alte Lied, zum Terror kommt jetzt noch der Hohn. — Der Prozess dürfte 8 Tage lang dauern.

„Autonomie“ für Kroatien.

Das schlesische Regierungsblatt „Polilla“ teilt mit, daß die schlesische Regierung Kroatien ein autonomes Regime geben wolle. Der Prinz Pawel Karageorgewitsch soll zum Vorkönig von Kroatien ernannt werden.

Mit dieser „Autonomie“ glaubt die serbische Regierung die kroatische Bevölkerung beruhigen zu können. Es ist dieselbe Autonomie, die die deutschen Annexionsisten während des Krieges den Polen und anderen Nationalitäten unter dem „Selbstbestimmungsrecht“ geben wollten. Nach der Stimmung in Kroatien zu urteilen, wird sich die Bevölkerung mit einer solchen Autonomie nicht zufrieden geben. Kroatien hat nach seiner Rückkehr erklärt, wenn der alte Zustand für Kroatien bestehen bleibe, werde sich die kroatische Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht erkämpfen.

Der Präsident des Strafvollzugsamts Breslau sorgt selbst dafür, daß wir in fast jeder Nummer unserer Zeitung immer neues Material über die schlesischen Zustände in den schlesischen Gefängnissen: Breslau, Schweidnitz und Gletsch der Öffentlichkeit unterbreiten können.

Herr Humann sendet uns stets prompt auf alle unsere Anfragen Besichtigungen, die aber immer so gut abgefaßt sind, daß wir in den meisten Fällen unsere Anfragen bestmöglichst haben oder er uns auf neue skandalöse Zustände aufmerksam macht, die sogar uns entgangen waren. Genau nach 20 Tagen erhalten wir jetzt eine Besichtigung zu unserem am 25. 7. veröffentlichten Bericht: „Die Zustände im Schweidnitzer Kerker“ den uns ein Schweidnitzer Genosse, welcher lange in diesem Kerker gefangen hat, einbrachte. Obwohl wir schon oft erklärt haben, daß solche Besichtigungen, weder ihren Formen noch Inhalts nach, dem 8. 11. des Verbrechens entsprechen, bringen wir auch die heute folgende „Besichtigung“.

Es ist unklar, daß ein Gefangener wegen einer Beschwerde über das Essen mit Arrest bestraft worden ist. Es ist lediglich ein Gefangener mit Kostbeschränkung für drei Tage bestraft worden, weil er laut und ganz unberechtigt ein tabellos zubereitetes Fleischgericht als Schwefelkutter bezeichnet hatte.

Wenn der Schreiber des Artikels nur die Küstungsklappe seiner Zelle geöffnet hätte, würde er nicht zurechtgewiesen worden sein. Er hat aber die Reinigungsklappe geöffnet, was verboten ist.

Es ist unklar, daß der Schreiber in einer Zelle ohne Scheibe gelegen hat. Derartige Zellen werden nicht belegt. Daß der Ofen hin und wieder raucht, kommt in manchem Haushalt vor und ist nicht immer zu vermeiden. Die Wände war nicht naß und mit Säulen durchsetzt, sondern tabellos sauber.

Mäusekot war niemals im Essen, wenn hin und wieder mal ein Wurm mitgeliefert worden sein sollte, so liegt dies daran, daß die Gefangenen das Mehl oder die Grütze trotz strengster Anweisung nicht ordentlich geliebt haben. Die angebliche Anweisung des Vorstehers: „Ich kann nicht mit der Hygiene dahintersehen“, ist frei erfunden.

Unwahr ist ferner, daß am Geburtstage des vormaligen Kaisers besonders gutes Essen verabfolgt worden ist. Es gab vielmehr am 27. Januar 1924 Sauerkraut mit Erbsen, also ein gewöhnliches Wochengericht.

Die Obliegenheit der Gefangenen durch das Kommando „Mühen ab“, wird seit dem Eingang eines darauf bezüglichen Rundbriefes auch in Schweidnitz nicht mehr ausgeübt.

Im Übrigen ist der Vorsteher des Gefängnisses in Schweidnitz weder ehemaliger Major, noch stammt er aus Kassel.

Wir überlassen es den Arbeitern, zu entscheiden, ob unserer Bericht, dessen Tatsachen von einem Arbeiter, der monatelang im Schweidnitzer Gefängnis gefangen hat, als Lüge bezeichnet wird, oder eine Besichtigung, die von dem in Breslau sitzenden Präsidenten des Strafvollzugsamts nach vielen Schreibereien zwischen Breslau und Schweidnitz „hergestellt“ ist, wahr

ist. Jeder Arbeiter kennt aus seiner Kriegszeit oder gelegentlichen Bekanntschaften mit preussischen Wehrleuten, wie eine Stelle der höchsten Stellen immer schöner erfüllte Berichte, Ermittlungen und Meldungen lautet.

Kein Mensch, nicht mal der personifizierte Deutsche Michel, glaubt an eine Verächtigung, die als unklar hinstellt, daß Mäusekot im Essen enthalten ist, aber zugibt, daß unklarer Wärrer im Essen lag.

Wir verlangen, als Sprachrohr der aktiven schlesischen Arbeiter, daß die Sauerkraut in den schlesischen Gefängnissen verschwinden. Sogenannte „Verächtigungen“ und das dürfte ihnen doch schon in der letzten Zeit sehr deutlich geworden sein, verschlimmern die berechtigten Empörung weiter Volksschichten außerordentlich.

Das Strafvollzugsamt kündigt uns in demselben Schriftstück eine Besichtigung über einen in derselben Nummer enthaltenen Artikel: Eine moderne Folterkammer in Gletsch, an. Auf unsere Fragen in der gleichen Zeitung haben wir aber bis jetzt keine Antwort erhalten. Wir geben diese Fragen nachstehend nochmals wieder. Die schlesische Arbeiterschaft verlangt Antwort:

1. Wenn die Untersuchung des Sputums nichts Positives ergab, war der Herr Arzt deshalb berechtigt, den Kranken als Simulanten zu bezeichnen?

2. Gibt es nicht zahlreiche Gefangene, deren Rungen durch den Kerker stark angegriffen werden, die aber nicht tuberkulös sind?

3. Waren die nach der Untersuchung gefallenen Worte: „Der nächste Versuch“ nicht geeignet, sowohl dem Kranken, als die nach ihm zur Untersuchung gelangenden Gefangenen schwer zu kränken und sie als Simulanten zu verächtigen?

4. Haben Sie, Herr Präsident, die Schilderung des Schriftstellers Reimann über seine Ergebnisse in der Graube gelesen? In diesen Schilderungen heißt es:

„Der Arzt schenkt bei der Rechen entlang und fragt: „Gefund?“ — Das ist die Untersuchung.“

Warum haben Sie der „Vollmacht“, welche Reimanns Bericht veröffentlichte, keine Besichtigung zugeordnet? Wir sind der Ansicht, daß nicht der Gefangene zu entscheiden hat, ob er gesund ist, sondern daß der Anstaltsarzt verpflichtet ist, jeden eingelieferten Gefangenen zu untersuchen, um seine Haftfähigkeit zu prüfen.

Geflüchtete und Hautkrankheiten können in die Gefängnisse eingeschleppt werden, wenn die „Untersuchung“ in dieser Weise erfolgt. Wir sind bereit, Herrn Humann 20 Zeugen dafür zu benennen, daß der Arzt im Untersuchungsgefängnis die Untersuchungen in der von Reimann geschilderten Art vornimmt.

Mit Besichtigungen auf andere Dinge sind diese Fragen nicht zu umgehen. Hier muß eine Antwort erteilt werden.

Die ganze Art der Behandlung unserer Anklagen durch die schlesischen Gefängnisbehörden zeigt den Arbeitern, daß solange keine Veränderung der schlesischen Gefängniszustände erfolgen werden, solange sich die Arbeiterschaft nur auf Anklagen beschränkt. In allen Orten, in allen Betrieben muß der Ruf, muß die Forderung erhoben werden:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Die Opposition der Labour Party.

London, 19. August.

Zum Parteitag der Labour Party, der am 7. Oktober in London eröffnet wird, liegen bis jetzt eine Reihe von Anträgen vor. Sie lassen deutlich erkennen, wie die Opposition innerhalb der englischen Arbeiterbewegung gegen die Haltung der Labour-Minister ständig wächst. Acht Bezirke der Labour-Partie erheben Protest dagegen, daß Labour-Minister bei ihrem Besuch bei Hofe die königliche Uniform anziehen. Die Resolution der Gewerkschaften und der Labour Party von East Ham ist besonders giftig. Sie erklärt die Hofuniformen zum Zeichen ihrer Träger. Es sei dringend erforderlich, daß die Labour-Minister Uniform anlegen, denn sonst würde man sie für gewöhnliche Proleten halten.

Gammelt „Rote Hilfe“!

„Es magst du reden, wenn du vom Wagen sprichst, im Wagen aber lag es bleiben. Ein Kampf mit den Kirgisen führt zu nichts, verfehlt du? Sie werden sich die Köpfe blutig schlagen, dann kommen die Kosaken her und brennen alle Berge an.“

„Das werden sie nicht tun.“

„Nicht! Du weißt selbst, daß sie es tun werden! Das Vieh werden sie fortreiben, die Menschen niederschlagen.“

„Deshalb fahre ich ja hin, um es zu verhindern.“

Der Wagen rollte köhnen weiter. Die schwarze Garbe auf dem Vorderfuß drehte sich um und schenkte sich.

„Da wirst es nicht verhindern, Nitin!“

„Doch ich werde es.“

„Du hast meinen Sohn getötet. Ich verzeihe es dir! Jetzt wirst du das ganze Land in den Aufstand hineinziehen.“

„Ich weiß es! Ein toter Mann hilft dir und zu den Toten sprichst du.“

Sart, als bekümmerte er sich, sagte Nitin:

„Halt! ...“

Die Garbe vom Joch die Jügel an.

„Sart!“

Nitin nahm Nitrat Besinnung bei der Schulter, drehte ihn nach rechts und fragte:

„Eh?“

Die Abhänge zum Kessel knab rollten über, polternd, wie Eisen über den Boden der Wagen. Lechend hallten in den Bergen die politischen Bannrunder. Die Säule brachten:

Wass...
Fuss...
K...
H...
S...
S...
S...
S...

Trotz dieser oppositionellen Anträge werden wir abwarten, wie der Parteitag der Labour-Party selbst ausfallen wird. Wir haben auf dem Parteitag der Sozialdemokratie gesehen, wie eine Opposition — keine Opposition ist.

Die heißen Hände an den Wagen geklammert, blühte Nitrat zerkümmert zurück.

Die Wagen langten mit Urwachtstimmen. Rollende Stimmen, wie das Brüllen der Tiere, Tierische Geräusche schlichen von Gräsern, von den Bergen.

XVI.

In der Stube roch es nach Gammelfett. Auf Tischen, mit untergehangenen Beinen, saßen dicke, untersehte Bins, die Reizen der Kirgisen. Knaben mit grünen Stiefeln reichten auf hölzernen Brettern den Hammelbraten herum.

Nitronow konnte nicht lange mit untergehangenen Beinen sitzen, er brachte aus der Küche ein Holzbein herbei.

Ein Bin, dessen Gesicht sich wie ein Stoppentisch wat, jagte:

„Schlechte Regierung jetzt! ... Früher war Papier groß und die Stiefel — wie Keller. Gut war früher!“

Er befaßte mit seinen fettigen Fingern das Papier und ließ es auf die Tischdecke fallen.

„Wir brauchen großen Befehl! Kirgise bekommen Land. Amieder geht fort ... nach Rußland! Diesen Befehl brauchen wir!“

Beiges, gelochtes Gammelfett häufte von den Fingern in die Hände. Die Augen waren wie Fett — fett, trunken.

Stemjon öffnete die Bierkrüge.

„Wemier Reiter wollt ihr uns geben“, fragte Nitronow.

„Unsere Truppen haben Perinj befehlt, nähern sich Wjalka!“

Bi Dhansej lobte:

„Perinj gut Stadt. Dort ist fett, Volk macht Krieg? ... Wenn ihr habt Perinj genommen, geben wir viel Reiter, sehr viel Reiter!“

Der Bin Koffir rümpfte, befaßte sein mageres, wie ein Sackbogen hartes Kinn und befaßte:

„Bird Baiga sein. Sehr viel Reiter wird kommen, wird alles zu dir kommen. Krieg ist gut! ... Reiter, Reiter, Reiter!“

Farbige Winde.

von Wasswolod Iwanow.

Verlag Carl Heyne, Carl. Druck Schönlager, Hamburg 29

Über dem Wagen bewegten sich Bawes lange Arme: „Mensch du, ich werde so lange warten müssen? ... Das glaube ich nicht.“

Der Wagen schloß sich schweres Neues Dunkel in den violetten Mondschatten hinein. Am Wege aber rauschten andere harte Klumpen des Dunkels ...

Die Straße nicht nicht nach Steinen, sondern nach Höhe, der Wind, grau-dram — nach Ebenen.

Nitrat zerkümmert schweigend.

Auf dem Vorderfuß lag wie eine schwarze Garbe ein Säurelein, zwei Stränge zogen sich von ihm zu dem Kopf des Pferdes.

Nitin lag vorn anderen Ende des Wagens: „Man muß die Seiten vom Kampf zurückhalten. Warum fährst du hin?“

„Ich will mir's ansehen. Zurück. Die Baiga fahrt Jahr um Jahr fort. Früher habe ich auch der Baiga geritten.“

„Und jetzt fährst du auf dem Dien?“

„Nitin, du die Aufsicht eines Dien?“

Nitrat zerkümmert warf die Decke zurück. Er kostete im nach Nitronow Arme und berührte sie:

„Lag die Schere, Nitin ...“

„Was?“

„Mensch du, ich bin ein kleines Kind? Lag mich dir einmal etwas offen sagen ...“

„Stille.“

Das Heu bewachte es wie eine Decke. — leuchtete. Die Stimme war nicht und ...

„Halt die Baiera davon ab, daß sie die Kirgisen angreifen. Kirgisen sie sich die Erde ansehen und nach Hause fahren. Es soll kein Blutvergießen geben. Hast du noch nicht genug Blut gefressen?“

„Ich brauche kein Blut. Es ist für die anderen, — das letzte Blut.“

Für die Einheit der Gewerkschaften.

Die Kommunistische Gewerkschafts-Reichskonferenz.

(Fortsetzung.)

Doch die Einheitsaktion hat ohne Zweifel auch große Gefahren. Es sind schon Anzeichen vorhanden, daß Genossen aus einer Einheitskampagne des Kampfes eine Einheit der Partei mit den Reformisten machen wollen. Doch man kann die Einheitskampagne nur durchführen unter schärfstem Kampf gegen die Reformisten.

In diesem Kampf sind die Grenzen nicht die Erhaltung der alten Organisationsformen, sondern die Grenze ist die kommunistische Überzeugung, unsere kommunistische Aktion und Tätigkeit.

Wir werden um keinen Preis bei einer Einheitsaktion auch nur einen Punkt unserer revolutionären Ziele und kommunistischer Tätigkeit preisgeben.

Im Gegenteil, der Sinn der Einheitsaktion ist: Verstärkte revolutionäre Tätigkeit, verstärkte kommunistische Propaganda in den Gewerkschaften.

Was theoretisch schon der Frankfurter Parteitag beschlossen, aber von uns nicht in die Praxis umgesetzt wurde, das hat der Weltkongress mit noch größerer Schärfe und Klarheit durch seine Beschlüsse in den Vordergrund gestellt. Der Kongress zwingt uns mit aller Energie, für die politische notwendige Einheit der Gewerkschaftsbewegung und damit für die Einheit innerhalb der Gewerkschaften zu kämpfen. Die heutige Konferenz hat den Zweck, endlich Schluß zu machen mit der Diskussion in der Gewerkschaftsfrage und an die praktische Arbeit zu gehen. Jetzt kommt es darauf an, die Massen in die freien Gewerkschaften zurückzuführen. Und die Parole lautet:

Jeder Kommunist muß zurück in die freien Gewerkschaften!

Wenn wir auch um jeden einzelnen christlichen ringen und ihn von der Notwendigkeit dieses Schrittes überzeugen müssen, so muß doch die Partei klar und offen sprechen.

Wer sich den Beschlüssen nicht fügen will, der hat die Partei zu verlassen!

Die Herstellung der Einheit kann und darf nicht zu einer organisatorischen Frage, sondern muß zu einer Frage des Kampfes, und zwar des Kampfes um aktuelle Ziele, um den Achtstundentag usw. werden.

Wir haben da sehr viel nachzuholen, denn nur unserer Passivität ist es zuzuschreiben, daß die SPD., die hundertmal den Achtstundentag verraten hat, sich heute als Wächter des Achtstundentages aufspielen mag.

Ebenso ist es mit den sozialpolitischen Fragen. Es muß vielmehr als bisher die Arbeit und die sozialpolitischen Anträge der kommunistischen Reichstagsfraktion bei der Agitation draußen auf dem Lande ausgenutzt werden. Schärfer Kampf muß die Partei führen in den Fragen der Erwerbslosigkeit, der Kurzarbeiter, der Lohnfrage.

Dem Sachverständigen-Gutachten der Kapitalisten, das in den nächsten Tagen vom Reichstag mit einer Schlinge des Proteftes angenommen wird, werden wir entgegenstellen:

Das Sachverständigen-Gutachten der Arbeiterklasse.

Das bedeutet praktisch, daß die Partei den Kampf aufnehmen wird gegen alle Ausrichtungen des Dawes-Plans, gegen die Steuererhöhung der Massen.

Die Frage der Landwirtschaft wird vielfach von unseren Genossen in der Stadt garnicht beachtet und doch kann die proletarische Revolution nicht siegreich sein ohne enge Verbindung mit dem Landproletariat und dem Kleinbauern.

Die Rednerin schloß mit den Worten: Die Gewerkschaftsarbeit ist keine besondere Fachstätigkeit, sondern eine politische Parteiarbeit, das sollen sich besonders die Vol.-Sekretäre merken. Erst wenn alle Genossen begreifen, daß die Gewerkschaftsarbeit, der Kampf um die gewerkschaftliche Einheit und die Pflicht, hineingehen in die Gewerkschaften, politisch notwendig sind, werden wir nicht nur die Widerstände in eigenen Lager überwinden, sondern uns auch sichern gegen die opportunistischen Entgleisungen. (Starker Beifall.)

Zweites Referat.

Die Durchführung der Beschlüsse des 5. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und des 3. Weltkongresses der KPD. — Referent: Fritz Sedert.

Genosse Sedert:

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist eine notwendige Voraussetzung für das Gelingen der Weltrevolution. Es sind

Bedenken gegen den auf dem 5. Weltkongress beschlossenen Schritt der Internationale aufzutreten. Mit diesen Bedenken müssen wir uns auseinandersetzen. Es ist keine Frage, daß die Arbeiterbewegung in Deutschland die größten Verdienste hat. Da sind natürlich Widerstände verständlich. Der Kampf gegen falsche Anwendung der Einheitsfronttaktik innerhalb der Partei hat beim Beginn dieser Frage ebenfalls manche Genossen kopfschüttelnd gemacht. Die Passivität der Arbeiterklasse sucht einen leichteren Ausweg durch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung.

Redner geht auf die Analyse der Lage im internationalen Maßstab, wie sie auf den Weltkongress gegeben wurde, ein. Auf alle Fälle darf der Schritt zur Einheit

nicht nur ein Schritt der Spitzenverbände

sein. Er muß tief in den Massen verwurzelt werden. Die Stagnation der Bewegung der Arbeiter in Ländern, in denen Spaltungen vorgekommen sind, ist ebenfalls eine Ursache für die Notwendigkeit der Einheitsbewegung. Die Amsterdamer haben gefaselt. Und es ist dennoch den Amsterdamer nicht gelungen, ihre Positionen zu behaupten. Deshalb Enttäuschung bei den Amsterdamer. Aber auch die neugegründeten revolutionären Verbände waren nicht so der Umdeutungspunkt der Arbeiter, wie das vielfach erhofft wurde. Die Erfahrungen vieler Kräfte sind in der ganzen Welt einheitslich. Sotwohl

der Weltkongress wie der KPD-Kongress haben die Notwendigkeit dieses Schrittes einstimmig anerkannt.

Der Hauptwiderstand gegen die Einheitsbewegung kommt von einzelnen Führern der selbständigen Organisationen. Es ist jedoch der Beweis erbracht, daß in Deutschland die Bildung revolutionärer Verbände nicht so einfach ist. Redner geht in längeren Ausführungen auf die Kongressbeschlüsse ein.

Stein in die reformistischen Gewerkschaften!

Das ist die eindeutige Lösung beider Kongresse. Die selbständigen Verbände dürfen keine Parallelorganisationen sein. Sie müssen in die Gewerkschaften zurückgeführt werden. Der Reichsausschub der Gewerkschaftspolitik hat sich eindeutig auf diesen Boden gestellt. Nur ein Genosse hat gegen die Resolution des KPD gestimmt. In Berlin ist der Versuch gemacht worden, die Beschlüsse der Weltkongresse im Sinne der selbständigen Verbände auszulegen. Redner schildert die Verhandlungen mit den Führern der selbständigen Verbände in Berlin. Schumacher hat in der Beräumung der selbständigen Verbände eine Resolution annehmen lassen, aus der hervorgeht, daß Schumacher und Genossen den Schritt nicht mitmachen wollen. Schumacher will den Einigungsschritt erst machen, wenn die Amsterdamer für die Diktatur des Proletariats kämpfen werden. (Geächter.) Die Resolution führt zu einem Kampf gegen die kommunistische Partei. Die Vertreter dieser Resolution haben die Rolle der kommunistischen Partei noch nicht begriffen. (Sehr richtig!) Die Gefahrenquellen unserer Partei sind sehr groß. In diesem Jahre sind etwa 50 Anschläge der Gewerkschaften aus der Partei ausgeschlossen, weil sie opportunistische Schwereisen gemacht haben. Es ist falsch, daß die Gewerkschaftsangehörigen gleichzeitig Vorstände der kommunistischen Fraktionen sind. Fraktionsvorstände müssen andere, nicht angestellte Genossen sein, die die Angestellten kontrollieren. Die kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften und die Mitglieder der selbständigen Verbände müssen gemeinsam zusammenarbeiten. Die Partei muß auch in den selbständigen Verbänden Fraktionen bilden.

Die Unorganisierten müssen in die Amsterdamer Gewerkschaften überführt werden.

Die kommunistische Internationale will keinen Entlarvungskampf machen, sondern die Klassenorganisationen des Proletariats aufbauen.

Die Aufgaben der Partei in dieser Frage sind schwer. Ein Funktionärskörper muß wieder aufgebaut werden. Die Handarbeit muß in die Betriebe gelegt werden. Die Betriebszellen sind verpflichtet, die Fraktionen aufzubauen. Die Fraktionen müssen vor allem für die sozialpolitischen Aufgaben kämpfen. Wir müssen uns ein Ziel setzen, innerhalb dessen die Genossen in die Verbände zurückgeführt werden müssen. Die Partei hat deshalb einen Arbeitsplan aufgestellt, der in den Betrieben ernsthaft durchgeführt werden muß.

Jeder außerhalb der Gewerkschaften stehende Kommunist muß innerhalb kürzester Frist zurück in die freigewerkschaftlichen Organisationen!

(Schluß folgt.)

Misstrauensvotum gegen Bettshen-Wierich.

Freiburg

Die letzte Kartellung hatte eine reiche Tagesordnung zu erledigen. U. a. verlas der Vorsitzende ein Rundschreiben, das die Hauptvorstände, in welchen von jedem Mitgliede 50 Pf. zur Durchführung des Volkstums über den Achtstundentag gefordert wird. In der sehr lebhaften Aussprache wurde sofort gegen diese Forderung des A. V. V. Vorstands Stellung genommen und betont, daß durch eine Abstimmung der Achtstundentag nicht wieder errungen werden kann. Für den Achtstundentag muß gekämpft werden. Außerdem berührte es noch sehr eigenartig, daß die Herren, die selbst dafür eingetreten sind, daß der Achtstundentag beseitigt wurde, jetzt für seine Wiedereinführung eintreten.

Auf Grund eines weiteren Schreibens am 21. 9., eines Propagandabüchleins „Wegen den Krieg“ zu veranstalten, wurde beschlossen, eine wichtige Demonstration „gegen den imperialistischen Krieg“ zu veranstalten.

Ein Kollege gestellte ferner den schätzbaren Artikel in der „Schles. Bergwacht“ zur letzten öffentlichen Gewerkschaftsversammlung. Die Vertreter der „Bergwacht“-Artikel werten durch ihre kleinlichen Argumente ein großes Gefährde bei der Verlammlung. Die Anwesenden betonen damit, wie gering bereits der Einfluß der „Schles. Bergwacht“ in Freiburg ist.

Zum Schluß gelangte ein Antrag zur Annahme, welcher auf Grund der Veröffentlichungen in der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ und angesichts der Tatsache, daß diese noch nicht widerrufen sind, dem Kollegen Bierich das größte Misstrauen auspricht.

Zum Streit in den Breslauer Mühlen.

Der letzterzeit bestehende Lohn beträgt für einen gelehrten Müller bei 43-stündiger Arbeitszeit pro Woche 23 Mark, für Angeleitete 21,40 Mk. für weibliche Arbeitskräfte zwei Drittel des Lohnes. Dieser Lohn hatte Gültigkeit bis Ende Juli d. J. Ab 1. Juli wurde eine Lohnzulage von 3 Mark pro Woche gefordert. Die Mühlen lebten in drei Verhandlungen jede Lohnherhöhung ab. Herr Dehmel, Geschäftsführer der Breslauer Mühlen, beloh sogar die Dreifachigkeit, in einer dieser Verhandlungen, die vor dem Breslauer Schlichtungsausschuss stattfanden, Antrag auf 3 Mark Lohnzulage zu stellen und begründete diesen Antrag mit der schlechten wirtschaftlichen Lage der Mühlen-Industrie. Wenn es je eine Industrie gegeben hat, die während des Krieges, nach dem Kriege und während der Inflationszeit Geld verdient hat, so war es die Mühlenindustrie, in der Stadt Breslau, sowie in der Provinz. Wer die Mühlen in bezug auf ihre Baulichkeiten vor und nach dem Kriege beobachtet hat, kann sich ein Bild davon machen und wird zu dem Entschluß kommen, daß die Mühlenindustrie nichts an ihrer Substanz verloren hat.

Wenn sie heute über die Mehleinfuhr vom Ausland klagen, so haben wir dazu zu bemerken, daß es den Mühlen genau so geht, wie der Landwirtschaft, die den Haas nicht bekommen und die Regierung zu dem Mittel der Einfuhr von Getreide und Mehl greifen mußte, um der armen Bevölkerung das Brot nicht unadäquat zu verteuern. So stark kann aber die Schädigung der Mühlen garnicht sein, weil ja die Mühlen auch Mehl nach der Schlichtungsfrage ausführen, und weil Herr Dehmel in einer Sitzung vor dem Schlichtungsausschuss Schwereisen erklärt hat: „Das eingeführte Getreide und Mehl bringt keine Verbilligung des Brotes, weil es wieder durch den Zwischenhandel verteuert wird.“ Wenn also das Mehl wieder verteuert wird, so müssen die Mühlen konkurrenzfähig sein und auch menschenwürdige Löhne zahlen können. Fragen muß sich jeder denkende Mensch, wie Mehl aus dem Auslande billiger sein kann, wo höhere Löhne und kürzere Arbeitszeit bestehen und die Frachtkosten noch getragen werden müssen. Es ist bei den Mühlen nichts weiter, als daß man die Arbeiterschaft durch niedrige Löhne und lange Arbeitszeit auf die Knie drängen will, und die Kosten des Betriebes zum großen Teil auf die Arbeiter abwälzt. In den bürgerlichen Zeitungen wird geschrieben, daß wir den Inflationskrieg nicht eingestehen hätten. Dazu haben wir zu bemerken, daß wir den Schlichtungsausschub Breslau angerufen haben. Der am 13. d. Mts. gefällte Schlichtungsbescheid, der uns erst als Einigungsbescheid unterbreitet wurde, wurde von uns angelehnt, weil er Verschlechterungen des Mantelvertrages ohne jede Wohnherhöhung enthielt. Der Lohn blieb wie bisher bestehen. Als wir unsere Verwunderung hierüber ausdrückten, erklärte Herr Dr. Kobrak: „Ja, meine Herren, Sie werden sich abgeben müssen, zu glauben, daß Sie bei jeder Verhandlung Verbesserungen bekommen. Sie werden Verschlechterungen hinnehmen müssen!“

Wir fragen an: An wen sollen wir uns noch wenden, wenn schon der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses Breslau eine derartige Meinung vertritt? Da ist ja übrigens mehr viel zu erwarten. Da bleibt uns notgedrungenweise nichts anderes übrig, als zur Gehilfen zu greifen.

Verband der Lebensmittel- und Getreidearbeiter Deutschlands.

In der Nähmaschine.

Selbstgespräch einer Näherin.

Es schlägt 7 Uhr. Müde und mühsamig setzen wir uns an unsere Maschinen. Neben mir liegt noch ein Stroh unfertiger Klauen von gestern. Schon kommt die Aufseherin und bringt reich zugeknüttelte Sachen, bunte, leichte Röcklein, zarte Spitzen, eine Seidenhose.

Ich lasse meine Maschine schmatzen. Die Fadenspule tanzt, die Nadel hüpfet unermüdlich auf und ab. Durch meine Hände gleiten rote, grüne, gelbe Stoffe, alles leuchtende, frohe Sommerfarben. Ich nähe Fälschen an Fälschen, reihe hübsche Spitzen aneinander. Stundenlang rattert meine Maschine, jandert aus den Stoffen die schönsten Kleider hervor. Neben mir, hinter mir, vor mir, überall meine Kolleginnen, die sich gleich mir vorüberneigen, nähen, nähen, ohne aufzuschauen.

Wie lange, Jahre liche ich schon an der Maschine! Erst jung, frohlich, grenzenlos vertrauend in die Zukunft blickend. Die ganze Welt hand mir offen. Ich nähte mit Freuden, denn wenn ich viel arbeitete, verdiente ich auch viel. Und ich wollte ja Geld verdienen, viel, viel Geld verdienen. Was kann man nicht alles tun und haben, wenn man viel Geld hat! Schöne Schuhe, feine Strümpfe, teure Kleider, modernste Hüte, Ring, Halsketten, oh so viel schöne Sachen gibt es, die alle gekauft sein wollen. Und dann kann man auf den Ball gehen, Auto fahren, man wird Verehrer haben und endlich gut heiraten.

Jetzt, schaut meine Maschine. Der Faden reißt entzwei. Hastig lächle ich wieder ein. Ich bin schrecklich nervös geworden, immer wieder meine Hände. Woher das wohl kommt? Aber nein, nicht hinterarbeiten muß ich. Der letzte Tag war gar mager. Nichts habe ich davon weglegen können, nichts Neues kaufen damit. Ich muß meine Wünsche von einem Jabrtag auf den anderen verdrängen. Die Wünsche sind so nicht-ergetreten und lächlich, aber unmöglich wird es mir, für ein paar neue Kleider.

Nachdem, wenn ich mir alles überlege, habe ich bis heute immer nur gearbeitet, gearbeitet, keine Freude gehabt, nichts von all den schönen Dingen in Erfüllung gegangen. Und doch habe ich mir reichlich Mühe gegeben, habe mich geplagt. Ich konnte mir hin und wieder, wenn ich ganz besonders sparfam lechte, mit jedem Bissen am Munde absparte, etwas anschaffen, eine Bluse oder einen Hut. Dann habe ich wieder gefast: den nächsten Abend laute ich das dazu, nachher des und endlich wird doch alles gut werden. Aber es sind Monate vorübergegangen, die Bluse ist inzwischen zerrissen, der Hut aus der Mode geworden und ich war wie vorher, ein armes,

becheidenes Mädchen, bin es heute noch. Nein, ich bin noch ärmer. Wo sind meine fröhlichen, glänzenden Augen, wo meine roten Wangen? Warum bin ich am Morgen, wenn ich aufstehe, immer so todmüde? Warum kann ich nicht mehr lachen und lingen wie früher?

Ah, das ist aber eine schöne Seite. Welch prächtiges Kleid das geben wird! Ich liebe das das Schimmernde, zarte Verwebte. Die glückliche Frau, die es tragen wird. Sie muß reich sein, diese Frau, sehr reich, und ich muß sie sein. Aber warum soll ich immer nur nähen und andere dürfen tragen, was ich geräth? Tagelang verfertige ich Tag für Tag die schönsten Roben, aber nie für mich. Warum das?

Ich habe Damen in der Stadt gesehen, die Röcke tragen, welche ich erst vor kurzem genäht. Sie gehen an mir vorbei, diese Damen, stolz und unnahbar und betrachten mich nicht. Ich bleibe stehen, schaue ihnen nach, möchte auf sie zuströmen, ihnen das Kleid vom Leibe reißen, denn es gehört ja mir, ich habe es genäht und nicht sie.

Die Arbeit geht mir heute nicht vom Fleck. Ich will nicht mehr denken, ich will nur noch nähen. Was nützt es mir, wenn ich die reichen Frauen beneide? Deswegen bleibe ich doch, was ich bin, nichts habe ich davon. Wir alle, die wir hier an der Maschine sitzen, gehören zusammen zu den Armen, zu den Verlorenen. Ich bin nicht allein, Hunderte, Tausende Frauen leiden mit mir. Daran habe ich noch gar nie gedacht, daß ich nicht allein arm bin. So le b'weckendlich kam es mir immer vor, daß Martha und Rosa auch nähen gehen, daß andere in den Fabriken arbeiten, andere sich zu Hause abplagen. Wohl habe ich die reichen Frauen gesehen, habe mich mit ihnen in Gedanken viel beschäftigt, sie beneidet, aber meine Kolleginnen sind mir nicht aufgefallen.

Wie wäre es denn, wenn wir alle fest zusammenstehen würden, wenn wir uns lagen würden, es ist nicht recht, daß wir uns abarbeiten für andere, wir nie etwas von dem bekommen, was wir mit unseren eigenen Händen schaffen. Wollen wir nicht einen Ausweg suchen, damit wir es auch besser haben? Ganz über werden wir zusammen den Weg finden, der uns aus unserem dunklen, trübseligen Leben führt. Lange genug haben wir im Stillen geklagt und geklagt, lassen wir endlich das Zusammen, es hat uns nichts genutzt, es hat uns nur Schwach und kraftlos gemacht. Aber wenn wir Schwachen Frauen zusammenstehen, dann wird aus uns ein starkes, unüberwindliches Grohes. Wir werden eine Macht sein, wir werden die Welt erobern. Wir haben genug der Angelegenheit und Not. Sagt mir die neue Welt. Arbeiterinnen, wachen wir auf!

Neue Arbeiterliteratur.

Leo Trotski über Lenin.

Das heute aktuellste, in weiten Kreisen mit brennendem Interesse erwartete Buch „Über Lenin“ ist jetzt im Neuen Deutschen Verlag, Berlin, Unter den Linden 11, erschienen.

Es ist natürlich unmöglich, in einer circa 200 Seiten starken Trotski auch nur annähernd eine erschöpfende Biographie zu geben. Die Arbeit wird vielmehr, wie die der Verfasser selbst bezeichnet, eine Unterlage, ein Entwurf zu einem späteren größeren Werk bilden. Um so mehr zeichnet sich das vorliegende Werk durch eine überragende Knappheit, Konzentration und klare Durchführung aus, trotz der flüssigen, anschaulich erzählenden Art, die Trotski zu einem der bedeutendsten Schriftsteller macht und das Buch neben seinem wesentlich historischen und theoretischen Wert zu einer fesselnden Lektüre gestaltet.

Der Inhalt des Buches zerfällt in zwei Teile. Erstens die Zeit des letzten Jahres der alten „Iskra“ in England und Ost, in der Trotski Lenin kennen lernte und zum ersten Male mit ihm persönlich zusammen arbeitete; zweitens das entscheidende Jahr mit dem Oktobersturz, Mitte 1917 bis Herbst 1918.

Zum ersten Male wird hier die Verfolgung einer Linie möglich, die die hartnäckige Zielstreue Trotskis, die vor seiner Fortschritt hat, macht und den Grundzug des diktatorischen Führertums Lenins bildet, erkennen läßt.

Überall, wo ihn Trotski schildert, ob in seinen philologischen Sprachstudien, in seinen Gesprächen, in seinen Tagesnotizen usw. — immer ist Lenin unüberwindlich beherrscht von dem Ziel. „Der unthätige Schatten der Arbeiterklasse lag in seinen Augen gleichsam auf der ganzen menschlichen Kultur, — und die Schatten fühlte er stets so unbestreitbar wie das Tageslicht.“

Es gibt kein Buch, das Freunden, wie Gegnern, ein anschaulicheres Bild vom Leben und Werk des „Roten Zaren“ geben könnte, als dieses.

Das geschmackvoll eingebundene Buch ist zum Preise von 2,20 Mark in allen Buchhandlungen zu haben, notgedrungenfalls direkt durch den Neuen Deutschen Verlag, Unter den Linden 11.

Die Adresse für Schichten der Gesellschaft der Freunde des neuen Russland ist: Schriftsteller M. A. Zuck-Breslau, Jostenstr. 24, 2. Stg. Anmeldungen zur Mitgliedschaft oder Aufgabe eines Abonnements für die „Monatsschrift der Gesellschaft „Das neue Russland“ erfolgen zweckmäßig an obige Adresse, die auch auf christliche Aufträge Ansätze erteilt.

Spionerie und falsche Denunciation durch die sogenannte Schutzmannschaft.

Indem ich, gestützt auf das Recht der freien Presse, durch nachfolgende Enthüllung den Beweis liefern werde, welche ein Verrath an der Freiheit des Volkes mittels des Instituts der sogenannten Schutzmannschaft verübt werden kann und wirklich verübt wird, werde ich mich zunächst auf eine einfache Darlegung der Thatsachen beschränken.

Unter den Händen des Criminal-Commissarius Greif befindet sich ein Protokoll folgenden Inhalts:

Es erschien der Schutzmann Kettner Nr. 223 B. und erklärte: Ich begab mich gestern in den demokratischen Verein in der Sebastianstr., welcher unter dem Directorium und dem wirklichen Vorsitze des Hrn. Held stattfand, „um die Absichten dieses Vereins zu erforschen.“ Es ergab sich, daß eine Verschwörung von 16,000 Mann bestehe, der beizutreten alle weisensfähigen jungen Leute aufgefordert werden sollen, und welche, neben dem Umsturze aller bestehenden politischen Verhältnisse, des Ministeriums und der Regierung, auch die Vernichtung des Instituts der Schutzmannschaft zum Zwecke hat.“ — Der Ausbruch der Verschwörung ist auf Montag, Dienstag und Mittwoch bestimmt; sollte er aber bis dahin nicht zu Stande kommen: so würde am Donnerstag eine neue Versammlung in pieno stattfinden, um zu schwören, bis zum Sonnabend die Freiheit hinter den Barricaden.

Nur so weit reicht meine Kenntniß dieses Protokolls, wobei ich noch bemerke, daß die zwischen den Anführungszeichen „eingeschlossenen Stellen wortgetreu, die übrigen aber sinngetreu wieder gegeben worden sind. Die Existenz dieses Denunciations-Protokolls werde ich, falls sie bestritten wird — dem Untersuchungsrichter durch drei unverdächtige Zeugen beweisen, deren Namen, Wohnung und Persönlichkeit mir vollkommen bekannt sind. Sie werden eidlich erheben, daß jenes Protokoll existirt.

Ich aber stelle den Angaben dieses Denunciations-Protokolls folgende Thatsachen entgegen:

1) Der Verein in der Sebastianstraße, von welchem hier die Rede ist, heißt nicht demokratischer Verein, sondern Social-Verein. Dies ist notorisch.

2) Die Sitzung des Vereins, von welcher hier die Rede ist, nämlich Samstag am 26. August, fand nicht unter dem wirklichen Vorsitze des Hrn. Held statt, weil Hr. Held an diesem Abende außerhalb Berlins war und der Sitzung gar nicht beiwohnte. Dies kann durch 50 Zeugen bewiesen werden.

3) In der fraglichen Sitzung des Social-Vereins ist nichts Anderes verhandelt worden, als eine Petition an die Nationalversammlung behufs Umformung der Schutzmannschaft und die Frage über die Prostitution der Redner. — Dies kann durch 100 Zeugen bewiesen werden.

4) In der fraglichen Sitzung des Vereins ist Nichts zur Sprache gekommen, was auf die Existenz irgend einer Verschwörung oder auf den Ausbruch einer solchen im allerentschiedensten hinderten konnte. — Dies kann durch 200 Zeugen bewiesen werden.

Man wird hierdurch bereits einen Begriff bekommen haben von dem Werthe dieser Schutzmannschafts-Denunciations. Noch klarer aber wird dieser Begriff durch folgende Thatsache werden:

Um in dieser erstaunenswerthen Sache recht gründlich zu Werke zu gehen, suchte ich mir mit vieler Mühe den Schutzmann Kettner Nr. 223 B. auf, um ihn über seine Denunciation zu vernehmen; und hierbei erfuhr ich denn aus seinem eigenen Munde Folgendes:

Die fragliche Aussage sei von ihm wirklich zu Protokoll gegeben worden, obgleich er eigentlich gar nichts Genaueres von der Sache wisse. Er sei in den Verein gekommen und habe den Saal ganz von Menschen erfüllt gefunden. Auf seine an einige Umstehende gerichtete Frage: was hier zur Verhandlung komme, habe man ihm gesagt: es handle sich um eine große Verschwörung von 16,000 Mann, wodurch Alles gestürzt werden solle und die Schutzmannschaft auch; die Revolution dazu werde am Montag- oder den folgenden Tagen ausbrechen. Auf seine Frage: wer denn diesen Verein leite, habe man ihm gesagt: Herr Held. Die Person des Herrn Held, die ihm ohnehin nicht bekannt sei, habe er gar nicht gesehen. Von den Verhandlungen habe er nicht viel verstehen können wegen des Lärmes und der Menge Menschen. Was er zu Protokoll gegeben, habe er nur so von den Umstehenden gehört. Namhaft konnte er diese Personen nicht machen; auch habe er in seiner Denunciation keine Zeugen anzugeben gehabt.

Mitbürger! Ihr werdet Euch aus allen diesen erweisbaren Thatsachen einen Begriff machen können von der Art, in welcher von den Sicherheitsbehörden mittels eines Instituts, das zum Schutze und zur Sicherheit errichtet worden sein soll, Anklagen gegen die Männer der liberalen Partei geschmiedet werden!

Und auf Grund also geschmiedeter Anklagen werden Untersuchungen eingeleitet!

Und auf Grund also geschmiedeter Anklagen werden Verhaftungen vorgenommen, durch welche man Monate lang den Qualen des Kerkers preisgegeben ist, ohne daß die Regierung sich verpflichtet fühlt, den auf Grund also geschmiedeter Anklagen Verhafteten, wenn er endlich freigesprochen werden muß, zu entschädigen für die geraubte Freiheit und die dadurch zerrüttete Existenz seiner Person und seiner Familie!

Und auf Grund also geschmiedeter Anklagen sind noch dazu, ohne alle Noth, verhaftet worden die Ehrenmänner Lindau, Dornat, Edgar Bauer, Karbe, Müller, May, Ottensofer und mehre Andere!

Mitbürger! Ich spreche es als meine innigste Ueberzeugung aus und ich hoffe, Ihr werdet mir beistimmen: Wenn die Nationalversammlung das Volk gegen solch ein verwerfliches Verfahren der Polizei- und Justizbehörden nicht schützen kann oder will: so verdient sie fernhin nicht mehr das Vertrauen des Volkes. Und wenn das Volk ihr trotzdem sein Vertrauen und mit demselben sein Mandat nicht entzieht: so macht sich das Volk der Freiheit unwerth, und verdient nur noch, ein Volk von Sklaven zu sein.

Berlin, den 31. August 1848.

